

Repräsentant des Gemeinwesens – Zum Aspekt der Sinnstiftung im professionellen Handeln des Politikers

Ronald Hitzler

Der Politiker – als Politiker – gilt dem Normalbürger gemeinhin als praktischer Experte, ja, als ‚der‘ Experte für alles als „politisch“ Geltende. Allem von den Protagonisten selber, von ihren Helfern und ihren Gläubigen gern evozierten Anschein zum Trotz konstatiere ich hier aber zunächst, dass der Politiker (jedenfalls der für Repräsentativdemokratien symptomatische Politiker) politische Entscheidungsprozesse typischer Weise nicht gestaltet oder gar in Gang setzt und voran treibt. Denn auch wenn er ständig Sachkompetenz für (öffentlich) virulente Fragen glaubhaft machen muss, um etwelche ‚Führungsansprüche‘ (und daraus resultierende Privilegien) zu rechtfertigen, ist „von einigen seltenen Ausnahmen abgesehen ... der Berufspolitiker gerade nicht ein Berufstätiger im Sinne technischer Kompetenz“ (Flores d’Arcais 1993: 9).

Für jede Art von Entscheidungen im politischen ‚System‘ gibt es vielmehr Spezialisten und Experten anderer Art (Berater, Bürokraten, Wissenschaftler usw.), die über mehr oder minder schematisierte Steuerungs-, Bewältigungs- und Lösungstypen für (auch) gesellschaftlich virulente Probleme verfügen. Und der Politiker ist grosso modo darauf angewiesen, auf der Basis dieser – durchaus divergierenden, ja zum Teil antagonistischen – Antworten, jedoch ohne (adäquaten) eigenen Sachverstand, Entscheidungen über anstehende oder von ihm ‚ins Spiel gebrachte‘ Fragen (mit) zu tragen, diese Entscheidungen gegebenenfalls im Gesetzgebungsprozess (mit) zu legalisieren und das Legalisierte weiter (mit) zu implementieren. In diesem Verstande besteht das typische Handeln des Politikers (das nicht mit „politischem Handeln“ zu verwechseln ist – vgl. dazu Hitzler 1997 und 2001) vorwiegend darin, (nicht selten ohne subjektiv hinlänglich zufriedenstellende Informationen) das als politisch geltende ‚Geschehen‘ zu deuten, zu erläutern und zu ‚erklären‘ und dergestalt laufenden, stattgehabten und künftigen Entscheidungen „die Würde des Normativen“ zu verleihen (vgl. Berger/Luckmann 1969); kurz: Sinn, und zwar eine bestimmte Art von Sinn, zu stiften. (Sinn zu stiften ist hier natürlich nicht im Verstande einer Ur-Stiftung gemeint, sondern im Verstande einer persönlichen Sinnverbürgung und Sinnvermittlung – vgl. dazu den Beitrag von Jo Reichertz in diesem Band.)

Einschlägige wissenschaftliche Analytiker (wie z. B. Atkinson 1984, Graber 1976, Dieckmann 1969, Dörner 2001, Geißner 1969, Zimmermann 1969) deuten das berufs- bzw. funktionstypische Handeln des Politikers dementsprechend in seinen wesentlichen Qualitäten als persuasives, als auf Überzeugung bzw. Überredung abzielendes kommunikatives Handeln: „Der moderne Politiker braucht kommunikative Kompetenz. Er braucht die Fähigkeit zur Politikvermittlung, und je versierter er die Klaviatur symbolischer Politik zu bedienen weiß, desto erfolgreicher dürfte er sein“ (Sarcinelli 1992: 165). Man könnte es auch so sa-

gen: Politik ist gewissermaßen die vom Politiker professionell ausgeübte Kunst, physische Auseinandersetzungen durch symbolische zu ersetzen.

Festzuhalten ist dabei jedoch, dass es – entgegen einer unbedarften Vorstellung von der Bedeutung des Aushandelns von Standpunkten zwischen politischen Lagern – dem Politiker im ‚Normalbetrieb‘ nicht oder jedenfalls außerordentlich selten darum geht, irgendwelche prinzipiell gegnerischen „Lager“ von seinem Standpunkt zu überzeugen, bzw. prinzipielle Kontrahenten dazu zu bringen, ihre Auffassung über etwas zu verändern. Politische Rhetorik dient vielmehr vor allem dazu, das, was verhandelt, implementiert, attackiert oder revidiert wird, auf eine bestimmte moralisierende Sinnfolie zu beziehen und dergestalt Parteigänger zu ermutigen, Sympathisanten zu aktivieren, Unentschlossene auf die eigene Seite zu ziehen und allenfalls Kritiker in den sogenannten „eigenen Reihen“ mundtot zu machen. Und nicht zum wenigsten dient diese Rhetorik der Beeinflussung des Publikums (z. B. durch Erklärungen, Schuldzuweisungen und Entschuldigungen); sie dient der Argumentation für oder gegen Positionen, der adressatenspezifischen Legitimierung oder Nihilierung von politischen Einsichten und Weltanschauungen, sie dient der eigenen Profilierung, und sie dient der Diffamierung von Gegenspielern und Konkurrenten, der Emotionalisierung von Sachverhalten, der Evokation positiver, der Kompensation negativer „Images“ usw. (vgl. dazu Goffman 1971, Boorstin 1987).

Die Sinn evozierende Kommunikationsarbeit, bzw. vereinfacht gesagt: die Sinnstiftung des Politikers dient ihm selber zunächst einmal dazu, in der Konkurrenz mit anderen Bewerbern um die Gunst des Publikums zu bestehen und zu obsiegen. Denn der Politiker hat, zumindest (aber wohl nicht nur) in einer repräsentativen Demokratie – im Gegensatz zum Bürokraten, der in festen Strukturen prinzipiell sicher verankert ist – grundsätzlich eine instabile soziale Position inne. Folglich muss er sich ständig, multidimensional und an viele Adressaten gewandt, bemühen, beliebt zu werden, beliebt zu sein und beliebt zu bleiben. Diese Anforderungen machen den Politiker in einer repräsentativen Demokratie, sozusagen von Berufs wegen, zum Opportunisten. Gore Vidal hat diesen strategischen Opportunismus bereits Anfang der 1970er Jahren (vgl. Vidal 1973) als eine besondere Kunstfertigkeit bezeichnet: Der Politiker in einer repräsentativen Demokratie muss, Vidal zufolge, gesellig sein oder zumindest so wirken, aufrichtig sein und doch nie das Spiel aus der Hand geben, und er muss neugierig auf Menschen sein, weil er sonst seinen ‚Job‘ nicht aushält. Außerdem sollte ein Politiker offenbar nicht als zu gescheit erscheinen; er sollte häufig lächeln und er sollte zugleich doch immer seriös wirken. Der Politiker braucht einen – sozusagen „siebten“ – Sinn für Gelegenheiten, er muss auf die richtige Frage auch stets die als ‚richtig‘ erscheinende Antwort wissen. Laut Christian von Krockow (1989: 9) besteht das politische Handwerk unserer Volksvertreter dem ganz entsprechend typischerweise aus: „Einfädeln, Behauptung, Durchsetzung in der Gremienarbeit ... Eloquenz ... Präsenz ... Verblüffungsfestigkeit, Beherrschung der Spielregeln ... Anpassungsfähigkeit, Verbindlichkeit ... überhaupt die Fähigkeit, Verbindungen zu knüpfen - und wenn nötig, sie wieder zu lösen. (...) Sich nützlich zu machen. Fleißig sein oder wenigstens emsig scheinen.“

Allerdings reicht m.E. auch eine hohe, derartige Wohl-Verhaltenskataloge ausschöpfende und optimal anwendende, aber rein technisch bleibende Selbstdarstellungskompetenz – selbst im Verein mit einem guten ‚Gespür‘ für den ‚Zeitgeist‘ – augenscheinlich nicht aus, um sich hinlänglich erfolgreich und einigermaßen dauerhaft als Politiker zu behaupten. Der

Politiker muss vielmehr als Personifizierung bzw. als Verkörperung von etwas fungieren, was nur im „Politischen“ und über das „Politische“ einen Ausdruck zu finden vermag: als Personifizierung der Repräsentation einer bestimmten alltagstranszendenten Wirklichkeit, als Verkörperung der Repräsentation der ‚idealen‘ Welt einer bestimmten Ordnung des Gemeinwesens, bzw. genauer: einer (zumindest) von einer bestimmten, einer von ‚seiner‘ Klientel akzeptierten und verlangten Idee des Gemeinwesens.

Da nun aber weder dieses politische Gemeinwesen noch dessen (angeblicher) allgemeiner Wille etwas ist, was ein normaler Bürger je wahrgenommen hat, bedarf es, damit ein politischer Repräsentant als solcher ‚funktioniert‘, seiner Verankerung in einem den – produktiv wie rezeptiv, aktiv wie passiv – Beteiligten im wesentlichen bekannten und verstehbaren Deutungsrahmen. Dieser Deutungsrahmen wird uns sozial übermittelt – am explizitesten über all das, was wir gemeinhin der sogenannten staatsbürgerlichen oder auch staatskritischen Bewusstseins-Bildung zurechnen: Vom Gemeinschaftskundeunterricht in den Schulen über die Aufklärungs- und Belehrungsschriften und Propagandaunternehmungen von Parteien, Kirchen, Verbänden und sozialen Bewegungen aller Art, bis hin zu politischen Nachrichten, Kommentaren und Pamphleten, aber auch einschließlich eben des alltäglichen politischen Klatsches bzw. der politischen Stimmungs- und Gesinnungspflege an Stammtischen ebenso wie in etwelchen mehr oder minder subversiven, intellektualisierten Diskussions- und Protestzirkeln.

Die sozusagen transparteilich sinnstiftende Kommunikationsarbeit des Politikers in dieser und für diese diskursive Gemengelage besteht nun wesentlich darin, geltend zu machen, dass er das repräsentiert, was der, der ihn wählt, als relevant und als gut für das Gemeinwesen ansieht (vgl. dazu Weber 1980). D. h., der Politiker muss glaubhaft machen, dass er „für alle“ (oder jedenfalls für alle, auf die es ihm ankommt) das Beste nicht nur will, sondern auch bewirken kann, und dass er eben deshalb Macht bzw. mehr Macht bekommen oder jedenfalls so viel Macht wie möglich behalten muss.

Ein anderer, in modernen, strukturell pluralisierten Gesellschaften – unter ‚normalen‘ Umständen – allerdings weitaus seltener genannter Bestandteil der politischen Sinngebung ist aber auch, dass auf irgendwelche (sozial hinlänglich approbierten) ‚höheren‘ Mächte und Einsichten verwiesen oder Bezug genommen wird. Im Verweis auf Niccolò Machiavelli bestätigt dies etwa auch Herfried Münkler (1984: 245), dem zufolge zu den „weltimmanenten Mitteln der Politik ... auch der Anschein der Transzendenz und der taktisch geschickte Einsatz dieses Anscheins“ zählen. Eine solcher Art – im Anschluss an Thomas Luckmann (1991) – funktional verstandene religiöse „Aufladung“, hier vor allem als „Sinnstiftung durch Mythologisierung“, trägt wesentlich zur Stabilisierung jeder (d. h. selbstverständlich auch einer dezidiert „atheistischen“) sozialen Ordnung bei. Die (im weitesten Sinne) religiöse Verbrämung – gleich welcher Art – verleiht der Faktizität der Herrschaft die Würde des Normativen. Denn, das hat bekanntlich auch Max Weber so gesehen, jede Herrschaft muss, will sie stabil bleiben, von einem „Saum des Glaubens“ umgeben sein; und das heißt, durch transzendente Verweise legitimiert werden: „Legitimitätsvorstellungen begründen [...] keine Herrschaftsverhältnisse, sondern sie prägen und steigern faktische Überlegenheit zu einem sinnvoll bejahten Gesellschaftsverhältnis“ (Ferber 1970: 65). Das Volk, so schon Machiavelli, braucht ‚das Opium Religion‘, um gehorchen zu können; der Staat, das Gemeinwesen, braucht, um stabil zu bleiben, ein gehorsames Volk: mithin braucht der Staat die Religion.

In diesem weiten Sinne also repräsentiert der Politiker als solcher – der Idee nach – das Gemeinwesen: Max Weber zufolge ist eben derjenige ein Repräsentant des dergestalt transzendenten Gemeinwesens, dessen Handeln von denen, die er repräsentiert, als verbindlich anerkannt wird. Und auch bei Francis G. Wilson (1936) erscheint der politische Repräsentant explizit als Exponent des allgemeinen Willens einer politischen Gemeinschaft. Er macht – gelingender Weise – dem Bürger gegenüber glaubhaft, dass er für jene Ordnung steht, die er dem Bürger als Garant von dessen Wohlergehen glaubhaft darzustellen versteht. Die so verstandene politische Sinnstiftung dient in der einfachsten Form mithin, so Alfred Schütz (1972: 197), „dem nützlichen Zweck, die Regierten zu versöhnen.“ Das, „was in der Repräsentation präsent, gegenwärtig wirksam wird“, ist, so Siegfried Landshut (1964: 182 und 181), „jenes besondere Prinzip, das die Einheit und Gemeinsamkeit der politischen Lebensgemeinschaft ausmacht, ein regulatives Prinzip, das als ein Imperativ der Lebensführung“ wirkt.

Dergestalt eignet dem Politiker per se – also jenseits seiner persönlichen oder parteilichen Dispositionen, Interessen und Ziele – immer auch eine wirklichkeitssichernde, eine symbolische, eine sinnerläuternde, sinnverbürgende, eine letztlich sinnstiftende Funktion. Oder anders ausgedrückt: Dieser seiner generellen Funktion nach erscheint der Politiker als Medium, als ein Mittler zu jenem, die alltägliche Erfahrung übersteigenden, für das alltägliche Miteinander aber offenbar bedeutungsvollen Wirklichkeitsbereich der Verbindlichkeit beanspruchenden Ordnung sozialer Kollektiva. Der Politiker nimmt für den Bürger Stellvertreterfunktion wahr, aber er übt gegenüber dem Bürger auch eine Art von säkularer Priesterfunktion aus: Er ist dem gegenüber, den er formell vertritt, der faktische Repräsentant einer Idee bzw. eines Gehäuses von Ideen (vgl. dazu auch Rapp 1973: 133 f.).

Damit er dies glaubhaft machen kann, muss er, wie Macchiavelli (1972: 72) schreibt, zumindest im Bedarfsfalle „ein Meister sein in Heuchelei und Verstellung“, denn seine eigenen Handlungsweisen können, sollen sie erfolgreich sein, sich gerade nicht im Rahmen jener Normen bewegen, auf die der Politiker den Bürger zu verpflichten sucht und die er selber ebenfalls einzuhalten vorgibt, ja: vorgeben muss. Erlauben Sie mir an dieser Stelle einen kurzen Einschub: Schon Gustav Ichheiser (1927: 300 und 309) hat darauf hingewiesen, dass „Erfolg“ wesentlich damit zu tun hat, dass man konventionelle Bahnen verlässt. Und Politik ist ihm zufolge als dem entsprechende „Technik des sozialen Handelns unter dem Aspekt des Erfolges“ zu verstehen. Zu dieser Technik gehöre eben, zu wissen, dass der Schein von „Tugend“, nicht jedoch tatsächliche Tugend, dem Verfolgen politischer Interessen dienlich sei, „da es im Wesen der Macht begründet liegt, sich moralisch zu verbrämen, um nicht als das, was sie ist, zu erscheinen.“

D. h.: Während der normale Bürger in allerlei Mythen über ‚Gott und die Welt‘ verstrickt ist, während ihm sein Leben von für ihn uneinsehbaren Mächten und Kräften gelenkt erscheint, muss der Politiker ‚einen klaren Kopf‘ behalten und komplexe Sachverhalte und verwickelte Zusammenhänge erkennen können. Nur dadurch wird er befähigt, nicht nur im Gemeinwesen zu leben, im Gemeinwesen verortet zu sein, sondern das Gemeinwesen zu lenken, d. h. Entwicklungen – wenn schon nicht zu steuern, dann doch wenigstens – mit Sinn zu versehen. Das heißt: Durch die symbolische Darstellung einer Realitätsvorstellung als solcher bringt der Politiker, so Siegfried Landshut (1964: 181), „etwas zu gegenwärtiger Wirksamkeit, was ist, aber ohne ihn nicht ‚da‘ ist, nicht in sichtbarer Erscheinung wirksam sein kann, ... ein Ideelles, Geistiges“. Anders ausgedrückt: Der politische Repräsentant als solcher vermittelt

dem Bürger eine akzeptable politische Weltdeutung, die idealer Weise weder durch Personalwechsel noch durch politische Richtungswechsel in ihren Grundpositionen erschüttert wird. Der politische Repräsentant trägt, als Element der politischen Symbolik schlechthin, dazu bei, dass ein bestimmtes Spektrum politischer Interpretationen von Wirklichkeit als hinreichend und problemsprechend betrachtet wird.

Der Repräsentant als solcher steht als etwas für etwas zu etwas. Semiotisch betrachtet ist er ein zeichenhaft installiertes Symbol (vgl. Schütz 2003, Schütz 2004: 247 ff., Schütz/Luckmann 2003: 634–658): Wer den Repräsentanten als bedeutendes, ja als bedeutungsschwangeres Phänomen zur Kenntnis nimmt, der apperzipiert zwar auch so etwas Kompliziertes wie einen Menschen (zumindest einen bestimmten Typus Mensch, vielleicht aber sogar einen signifikanten, hochindividualisierten Anderen). Das Wesentliche am Repräsentanten aber ist – per definition – selbstredend seine Verweisungsfunktion. Der Repräsentant erscheint uns als Teil einer assoziativen Beziehung, deren appresentiertes Glied einem außeralltäglichen Wirklichkeitsbereich zugehört: im Fall des Politikers eben dem außeralltäglichen Wirklichkeitsbereich der Ordnung sozialer Kollektiva (vgl. Schütz 2003: 192 ff.; siehe dazu aber auch Schütz/Luckmann 2003: 128 f).

Diese Funktion des Repräsentierens heftet sich m. E. an die Rolle des Berufspolitikers quasi-automatisch an. Zugespitzt formuliert: Man ist nicht etwa Politiker und entscheidet dann zu repräsentieren oder nicht zu repräsentieren, mehr zu repräsentieren oder weniger zu repräsentieren. Vielmehr repräsentiert man unumgänglich, indem man Politiker ist. Repräsentant-Sein ist sozusagen die Essenz, der Inbegriff symbolischer Verantwortlichkeit für etwas als „größer“ Deklariertes. Weil der Repräsentant aber nicht einfach ein zeichenhaftes Symbol ist, sondern weil er als ein solches fungiert, ist er eben nicht nur Teil des politischen Zeichensystems, sondern auch Teil jenes Zeichenprozesses, jenes kommunikativen Geschehens, welches die Subsinnwelt des Politischen gegenüber dem alltäglichen Betrachter des politischen ‚Betriebs‘ vermittelt. Kurz: Der Repräsentant ist als symbolische Verweisung Teil eines politischen Rituals, das selber ein Element einer je bestimmten politischen Kultur darstellt. Die alltagstrans-zendende Idee des Politischen vergegenwärtigt bzw., metaphorisch gesprochen, personifiziert und verkörpert sich alltäglich im politischen Repräsentanten, der in seiner schieren Erfahrbarkeit nicht (jedenfalls nicht nur) auf sich (als was auch immer), sondern eben über sich hinaus auf die andere, auf die geglaubte Wirklichkeit des Gemeinwesens verweist.

Der Repräsentant hat also zweifellos einen subjektiven Sinn – für den einerseits, der ihn darstellt, für den andererseits, der ihn wahrnimmt. Er hat überdies ebenso zweifellos stets auch einen okkasionellen Sinn, je nachdem, in welcher spezifischen „Arena“ er unter welchen spezifischen Prämissen erscheint. Aber er hat auch – als Zeichen bzw. als zeichenhaftes Symbol – einen objektivierten Sinn (vgl. Schütz 2004: 255). Und dieser objektivierte Sinn liegt wesentlich in seiner rituellen Funktion, in seiner Verkörperung der als legitim geltenden politischen Ordnung einer Gesellschaft. Denn, so schon der Romantiker Friedrich von Hardenberg, „bedarf der mystische Souverän nicht, wie jede Idee, eines Symbols, und welches Symbol ist würdiger und passender, als ein liebenswürdiger, trefflicher Mensch?“ (zitiert nach Marx/Pankoke 1992: 97).

Um aber als „liebenswürdiger und trefflicher“ Mensch zu erscheinen, empfiehlt sich für den erfolgsorientierten Sinnstifter dann wiederum jener eingangs kurz aufgeblätterte

Katalog glaubhaft zu machender Qualitäten. Denn Sinn vermittelt, verbürgt, stiftet man selbstverständlich wesentlich dadurch, dass man ihn im (legitimatorischen) Bedarfsfalle in Worte fasst, in Metaphern kleidet, in Begründungszusammenhänge stellt usw., kurz und generalisiert gesagt: dass man ihn kommuniziert. Wie stringent, wie plausibel, wie akzeptabel man das macht, hat aber weniger damit zu tun, dass das, worauf man verweist, letztlich einen auch analytisch plausiblen Sinn ergibt, als dass es – und das gilt keineswegs nur für den Politiker, sondern für jeden sinnstiftungsambitionierten Akteur –, als dass es davon abhängt, wie eloquent man sich – mittels welcher Mittel auch immer – auszudrücken vermag.

Literatur

- Atkinson, Maxwell (1984): *Our Masters' Voices*. London/New York: Methuen.
- Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1969): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Boorstin, Daniel J. (1987): *Das Image*. Reinbek b. Hbg.: Rowohlt.
- Dieckmann, Walther (1981): *Politische Sprache, politische Kommunikation*. Heidelberg: Winter.
- Dörner, Andreas (2001): *Politainment*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ferber, Christian von (1970): *Die Gewalt in der Politik*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Flores d'Arcais, Paolo (1993): *Libertärer Existenzialismus*. Frankfurt am Main: Neue Kritik.
- Geißner, Hellmut (1969): *Rede in der Öffentlichkeit*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Goffman, Erving (1971): *Techniken der Imagepflege*. In Erving Goffman: *Interaktionsrituale*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 10–53.
- Graber, Doris A. (1976): *Verbal behavior and politics*. Urbana et al.: University of Illinois Press.
- Hitzler, Ronald (1997): *Politisches Wissen und politisches Handeln*. In: Siegfried Lamnek (Hg.): *Soziologie und Politische Bildung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 115–132.
- Hitzler, Ronald (2001): *Eine formale Bestimmung politischen Handelns*. In: Harald Bluhm/Jürgen Gebhard (Hg.): *Konzepte politischen Handelns*. Baden-Baden: Nomos, S. 43–50.
- Ichheiser, Gustav (1927): *Die Antinomie zwischen Politik und Moral nach Machiavelli*. In: *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie*, S. 294–309.
- Krockow, Christian von (1989): *Politik und menschliche Natur*. München: dtv.
- Landshut, Siegfried (1964): *Der politische Begriff der Repräsentation*. In: Heinz-Dietrich Ortlieb (Hg.): *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*. Tübingen: Mohr, S. 175–186.
- Luckmann, Thomas (1991): *Die unsichtbare Religion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Macchiavelli, Niccolò (1972): *Der Fürst*. Stuttgart: Kröner.
- Marx, Peter/Pankoke, Eckart (1992): *Publizität und Enthusiasmus*. In: Jörg-Dieter Gauger/Justin Stagl (Hg.): *Staatsrepräsentation*. Berlin: Reimer, S. 89–104.
- Münkler, Herfried (1984): *Machiavelli*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rapp, Uri (1973): *Handeln und Zuschauen*. Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Sarcinelli, Ulrich (1992): *„Staatsrepräsentation“ als Problem politischer Alltagskommunikation*. In: Jörg-Dieter Gauger/Justin Stagl (Hg.): *Staatsrepräsentation*. Berlin: Reimer, S. 159–174.
- Schütz, Alfred (1972): *Santayana über Gesellschaft und Regierung*. In Alfred Schütz: *Gesammelte Aufsätze, Band 2*. Den Haag: Nijhoff, S. 174–202.
- Schütz, Alfred (2003): *Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft*. In: Alfred Schütz *Werkausgabe V.2*. Konstanz: UVK, S. 119–198.
- Schütz, Alfred (2004): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt*. Alfred Schütz *Werkausgabe II*. Konstanz: UVK.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (2003): *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz: UVK.
- Vidal, Gore (1973): *Barry Goldwater: A Chat*. In: Gore Vidal: *Homage to Daniel Shays: Collected Essays 1952–1972*. New York: Vintage Books.
- Weber, Max (1980): *Politik als Beruf*. In: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften*. Tübingen: Mohr, S. 505–560.
- Wilson, Francis G. (1936): *The Elements of Modern Politics*. New York/London: McGraw-Hill.
- Zimmermann, Hans Dieter (1969): *Die politische Rede*. Stuttgart: Kohlhammer.